

EINE NEUE ZEIT BRAUCHT
EINE NEUE POLITIK.

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside.

ANTRÄGE ZUM AUSSERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG 2018

21. JANUAR 2018, BONN

SPD.DE

Mitglieder der Antragskommission für den a.o. BPT am 21. Januar 2018 in Bonn

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder

Vorsitzender: Olaf Scholz

Stimmberechtigte Mitglieder

Katarina Barley
Malu Dreyer
Lars Klingbeil
Manuela Schwesig
Carsten Sieling
Johanna Uekermann
Sascha Vogt

beratende Mitglieder:

Niels Annen
Kerstin Griese
Eva Högl
Kevin Kühnert
Heiko Maas
Matthias Miersch
Boris Pistorius
Ute Vogt

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Ralf Stegner
LV Mecklenburg-Vorpommern	Frank Junge
LO Hamburg	Inka Damerau
LO Bremen	Sarah Ryglewski
BZ Nord-Niedersachsen	Christina Jantz-Herrmann
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Michael Rüter
BZ Braunschweig	Falko Mohrs
LV Sachsen-Anhalt	Susi Möbbeck
LV Brandenburg	Lars Wendland
LV Berlin	Ulrike Sommer
LV Nordrhein-Westfalen	Svenja Schulze
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Martin Luckert
LV Sachsen	Daniela Kolbe
LV Saar	Ulrich Commercon
LV Rheinland-Pfalz	Daniel Stich
LV Baden-Württemberg	Martin Rosemann
LV Bayern	Marietta Eder

Der Antragsschluss für den außerordentlichen Bundesparteitag in Bonn am 21. Januar 2018 war satzungsgemäß am 18. Januar 2018. Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich. Über die Anträge berät die Antragskommission auf ihrer Sitzung vor dem Bundesparteitag, am 20. Januar 2018. Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einer/m Delegierten der Bezirke bzw. Landesverbände (20) und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern.

Inhaltsverzeichnis

		Seite/n
Leitantrag	L1	4
Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik	Ar1-Ar66	4-12
Bildungs-, Wissenschafts- Jugend, Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik	B1-B2	12
Innen- und Rechtspolitik, Verbraucherschutz, Migration	I1-I4	13-15
Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik	StW1-StW3	15-16
Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik	U1-U2	17-19
Themenübergreifende Anträge / Sonstige	TH1-TH33	19-37

Leitantrag (L)

L 1

Parteivorstand

Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Der SPD-Bundesparteitag beauftragt eine vom Parteivorstand einzusetzende Verhandlungskommission auf der Basis der Sondierungsergebnisse und des SPD-Wahlprogramms Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU aufzunehmen.

- 5 Unsere Basis entscheidet. Über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Das haben wir beschlossen und das zeichnet uns als lebendige Mitglieder-Partei aus.

Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik (Ar)

Ar 1

Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

Reform des Arbeitslosengelds II

Wir fordern im Rahmen von Koalitionsverhandlungen eine Reform des Arbeitslosengeldes II:

1. Abbau von Bürokratisierung und Fehlanreizen im ALG II-Recht durch
 - Vereinfachung der Vorschriften,
 - 5 • Einführung von Bagatellgrenzen und Bindung der Prozesskostenhilfe für ALG II-Empfänger an einen bestimmten Streitwert,
 - Förderung von Arbeitslosen, die sich nachträglich ausbilden lassen durch Zulagen, die an absolvierte Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gebunden sind,
 - 10 • Aufnahme aller Menschen in Schulungsmaßnahmen in die Arbeitslosenstatistik, damit nicht durch Aneinanderreihung von Maßnahmen statistische Scheinerfolge vorgetäuscht werden,
 - deutliche Reduzierung der Anrechnung von bereits erspartem Vermögen in Abhängigkeit von der jeweiligen Dauer der Einzahlung in die
 - 15 Arbeitslosenversicherung und deutliche Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche, soweit bei Transferleistungen eine Anrechnung erfolgt,
 - Einführung eines Maßnahme-Controlling mit Berichtspflicht in allen Jobcentern und einem obligatorischen bundesweiten „best-practice“- Verfahren.
- 20 2. Intensivierung der Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit, indem
 - eine abschlussorientierte Qualifizierung Vorrang hat vor schneller Vermittlung, da nur so die Integration in eine bedarfsdeckende und nachhaltige Beschäftigung gewährleistet ist, dabei soll auch eine Qualifizierung in Betrieben geprüft werden,
 - 25 • die Fallzahlen der Vermittler reduziert und die dafür erforderlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden,

- ausgebildete Coaches für die Begleitung der Arbeitslosen, die in der Zeit vor und nach der Eingliederung eingesetzt werden, und für die die Mittel ebenfalls zusätzlich aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden, so dass sie nicht zulasten der anderen Aufgaben gehen,
 - die Förderung der beruflichen Selbständigkeit ... als Brücke zur Beschäftigung wiederbelebt wird und auch als Maßnahme für Flüchtlinge dient, die länger hier leben werden, damit sie ihre Kompetenzen auch ohne beruflichen Abschluss in den Arbeitsmarkt einbringen können; auch hier sollen Coaches den Weg in die Selbständigkeit begleiten,
 - Investitionen in Weiterbildung und lebenslanges Lernen durch einen staatlichen Fonds mit Beteiligung der Arbeitgeber finanziert werden, die von den gut und aktuell ausgebildeten Mitarbeitern profitieren,
 - ein strukturierter, staatlich geförderter sozialer Arbeitsmarkt aufgebaut wird für Menschen, bei denen eine Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Damit soll für einen längeren Zeitraum öffentlich geförderte bzw. bezahlte Beschäftigung gewährleistet werden, die auch einen Übergang ermöglicht. Es ist besser, eine Arbeit statt ALG II zu bezahlen.
3. Ergänzende Maßnahmen
- Herstellung eines größeren Abstands zwischen Arbeitslohn im Niedriglohnsektor und ALG II-Beziehern durch Ausbau und Erhöhung der Mindestlöhne und Aufstockungszuschüsse, die so zu gestalten sind, dass sie es beispielsweise auch geringer Qualifizierten ermöglichen, sich aus dem Leistungsbezug zu lösen. Diesen Abstand zwischen Niedriglohnsektor und ALG II-Bezug soll die Mindestlohnkommission bei der Festlegung der Höhe berücksichtigen.
 - Ausnahmen und Umgehungsmöglichkeiten beim Mindestlohn, die letztlich zulasten der Arbeitslosenversicherung gehen, müssen durch Klarstellungen im Mindestlohngesetz beseitigt werden.
 - Senkung der Sozialbeiträge für Geringverdiener, damit es sich mehr lohnt, auch eine gering bezahlte Arbeit aufzunehmen.

Ar 2

Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

Im Rahmen von Koalitionsverhandlungen ist zu fordern:

1. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen wieder paritätisch geleistet werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass für die Finanzierung der Pflegeversicherung ein arbeitsfreier Tag entfallen ist.
2. Die Kostenübernahme für die Beiträge der ALG-II-Empfänger durch den Bund soll wieder auf ein kostendeckendes Niveau zurückgeführt werden. Gegenwärtig wird die Deckungslücke durch die gesetzlich Versicherten getragen. Das ist nicht akzeptabel.
3. Mehr staatliche Einflussnahme zulasten der Kassenärztlichen Vereinigungen bei Bedarfsplanung und Versorgungssicherung soll die Niederlassung von Ärzten steuern.
4. Eine Begünstigung der Leistungen von Hausärzten und Landärzten soll durch

- 15 eine neue Verteilung der Honorare zwischen Hausärzten /Allgemeinmedizinern und Fachärzten sowie zwischen Stadt- und Landbezirken erfolgen. Beide Maßnahmen sollen gleichzeitig dafür sorgen, dass eine bestehende Fehlllokation in Städten und Landkommunen beendet wird.
- 20 5. Für die Eröffnung einer Landarztpraxis soll es staatliche Zuschüsse geben einschließlich kommunaler Einflussmöglichkeiten. Den Kommunen sind die dafür erforderlichen Aufgaben und Mittel zuzuweisen. Den Landkreisen soll eine ordnende Steuerung der Standorte zufallen.
6. Für Beamte muss der Zugang zur GKV erleichtert werden, indem bei freier Wahl der gesetzlichen Krankenversicherung die gleichen Zuschuss- und Kostenübernahmeregelungen gelten wie für alle anderen gesetzlich Versicherten auch.

Ar 3

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Voraussetzungen für Koalitionsverhandlungen

Der Ordentliche Bundesparteitag im Dezember 2017 hatte den Weg zu ergebnisoffenen Sondierungsgesprächen mit den Unionsparteien freigemacht. Nach deren Abschluss sollte ein Außerordentlicher Bundesparteitag das Ergebnis bewerten. Dazu stellt der Bundesparteitag fest:

5

Die SPD betrachtet das Ergebnis der Sondierungen als eine Beratungsgrundlage für die beteiligten Parteien, nicht als einen starres Korsett oder abschließenden Rahmen für eine mögliche Koalitionsvereinbarung. Der Parteitag nimmt dazu wie folgt Stellung:

10

1) In zahlreichen Punkten ist es der Verhandlungskommission gelungen, konkrete Fortschritte und richtige Weichenstellungen durchzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Fragen Europa, Bildung, Investitionen, Pflege und Rückkehr zur Beitragsparität in der Krankenversicherung.

15

2) An vielen Stellen besteht Klärungs- und Präzisierungsbedarf. Dabei geht es insbesondere um

20

- den Ausschluss von Leistungskürzungen in den Sozialversicherungen angesichts der im Papier angekündigten Mehrausgaben in der Pflege, bei den Erwerbsminderungsrenten (die wir ausdrücklich begrüßen) sowie bei der Grundrente und der Mütterrente einerseits im Verhältnis zur gleichzeitig vorgesehenen Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge auf insgesamt 40% andererseits. Hier muss prioritär (also ohne Finanzierungsvorbehalt) geregelt werden, dass die Sozialkassen durch Zuschüsse aus Steuermitteln in entsprechender Höhe entlastet werden, zuzüglich der schon bestehenden betragsungedeckten Leistungen wie etwa der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und der bestehenden Mütterrente.

25

- eine gesetzliche und finanzielle Unterlegung der „nationalen Weiterbildungsstrategie“. Hier reicht ein „Recht auf WeiterbildungsBERATUNG“ bei weitem nicht aus, ebenso wenig wie an anderer Stelle eine „Überprüfung“ des AÜG und der SGB-II-Regelungen zu Zumutbarkeit und Schonvermögen. Hier bedarf es deutlicher Korrekturen.

30

- einen Rahmen für die Arbeit der Rentenkommission, der das Rentenniveau auch nach 2025 nicht absinken lässt, der ungünstige Erwerbsbiografien aufwertet, die gesetzliche Rente lebensstandardsichernd gestaltet und den Weg zur Erwerbstätigenversicherung aufzeigt.
- 35 - kurzfristige Maßnahmen zur Verbreiterung der Beitragseinnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Selbständigen, damit nicht die bisherige Versichertengemeinschaft allein die Lasten und Risiken der Einbeziehung der finanziell schwächeren Selbständigen trägt.
- 40
- 3) Wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regieren will, muss mehr GERECHTIGKEIT schaffen und die ARBEIT der Zukunft menschlich gestalten. Die Ergebnisse der Sondierung weisen hier die größten Defizite auf. Hier brauchen wir vor allem
- 45 - ein Gesamtkonzept zur Erhöhung der Tarifbindung, etwa durch Weitergeltung von Tarifverträgen, die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit, Schließung der Lücken bei Scheinselbständigkeit und Werkverträgen und neuen Beschäftigungsformen. Dazu gehört, die angestrebte Allgemeinverbindlichkeit der Tarife in der Pflege durch Neugestaltung des kirchlichen Arbeitsrechts, rechtlich dauerhaft abzusichern.
- 50 - die Gleichbehandlung und Gleichbezahlung von Leiharbeit ab dem ersten Tag,
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und Einschränkung von Befristungsgründen,
- die lückenlose Durchsetzung des Mindestlohns, z. B. durch ein Verbandsklagerecht
- 55 der Gewerkschaften und strikte Kontrollen,
- ein Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten und Arbeitslosen einschließlich einer gesetzlich geregelten Finanzierung. Dabei sollte auch der Begriff der betrieblichen Berufsbildung im Betriebsverfassungsgesetz durch den Begriff Aus-, Fort- und Weiterbildung ersetzt werden, um die Mitbestimmung von Betriebsräten
- 60 zu stärken und die Herausforderungen im Prozess der Digitalisierung der Arbeitswelt zu meistern;
- den Ausbau der Mitbestimmung hinsichtlich der erfassten Betriebe und der Tatbestände,
- höhere Investitionen als bisher vorgesehen, vor allem beim Wohnungsbau,
- 65 Öffentlichen Verkehrsmitteln, vollständig gebührenfreier Ganztagsbetreuung, bei der Regional- und Strukturumbauförderung,
- die Finanzierung der Mehrausgaben im investiven Bereich durch Einnahmeerhöhungen bei der Besteuerung von Kapitalerträgen, Spitzeneinkommen und großen Vermögen,
- 70 - einen umfassenden Privatisierungsstopp bei allen Bundesbeteiligungen, der vom Bund mitverantwortenden Daseinsvorsorge und den Infrastrukturen wie Telekom, Post, Bahn, Wasserwegen, Straßen, bei Gewährleistung der zu erbringenden Dienste (beispielsweise uneingeschränkte Universaldienste bei Telekommunikation und Post).
- 75
- 4) Die SPD lehnt folgende Elemente aus den Sondierungen energisch ab:
- die dreifache Gerechtigkeits- und Investitionsbremse, bestehend aus dem 40%-Deckel bei den Sozialversicherungsbeiträgen, der Schuldenbremse einschließlich der

- 80 schwarzen Null und dem Ausschluss von Steuererhöhungen: diese schränkt die staatliche Handlungsfähigkeit massiv ein, wirkt gegebenenfalls krisenverschärfend und führt bei schlechterem Konjunkturverlauf zu Leistungskürzungen;
- die Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge;
 - das Festhalten am bisherigen 3-Säulen-Modell in der Altersvorsorge;
 - die ausschließlich auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit abzielende
- 85 Flexibilisierung des Rentenzugangs;
- das Fehlen einer klaren Absage an Verschlechterungen im Arbeitszeitgesetz;
 - die Ausweitung prekärer Beschäftigung durch Ausweitung der Midijobzone und damit weitere Risiken von Arbeits- und Altersarmut anstatt der Einschränkung prekärer Jobs;
- 90 - der Verzicht auf echte Strukturreformen bei Gesundheit und Pflege (wenigstens erste Schritte zur Bürgerversicherung und Einführung einer Pflegevollversicherung) sowie bei der Rente (Erwerbstätigenversicherung);
- die inhumanen Elemente in der Flüchtlingspolitik
 - die geplanten Vereinbarungen zum gemeinsamen Abstimmungsverhalten,
- 95 identisch mit der letzten Legislaturperiode, ohne Zeitpläne und neue Verfahrensregeln, etwa zur Beteiligung der Fraktionen.

100 Der Parteitag stellt fest, dass sich die Kräfteverhältnisse zwischen Union und SPD gegenüber der vergangenen Legislaturperiode nicht verschoben haben. Er beauftragt den Parteivorstand und die Verhandlungskommission als Bedingung für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, die genannten Punkte und Anforderungen in die Verhandlungen über einen Koalitionsvertrag einzubringen.

Ar 4

Landesverband Sachsen-Anhalt

Gleichbehandlung von Leiharbeiter*innen

Erhalten festangestellte Mitarbeiter*innen einer Firma betriebliche Zusatzleistungen (z. B. Vergünstigungen auf Mahlzeiten in einer Kantine, Zugang zu Sportstätten innerhalb und außerhalb der Firma, Zugang zu Betriebskindergärten) so sollen diese Vorzüge auch für bei der Firma arbeitende Leiharbeiter*innen gelten.

Ar 5

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Spaltung verhindern – Demokratie und direkte Teilhabe stärken

- 5 Sondierungspapiere sind stets Kompromisse und haben Stärken und Schwächen. Für uns Menschen mit Behinderungen hat dieses Papier im Sinne einer inklusiven Gesellschaft doch erhebliche Lücken oder als selbst Blinder darf ich sagen – „blinde Flecken oder ist asymmetrisch zu anderen Bereichen hochgradig sehbehindert“. Es liegt die Vermutung nahe, dass es in dem Papier überwiegend nicht um die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen geht sondern um die Stärkung des Geschäftsmodells „Menschen mit Behinderungen“, dies wohlwollend umschrieben. Im laufenden Papier ist Folgendes zu ergänzen:

10 **1. Präambel:**

Hier wendet sich das Papier zu Recht gegen eine Spaltung Europas. Dies muss sich sowohl auf die Behinderung der zwischennationalen Spaltung wie auch einer Sozialsplaltung beziehen. Einzusehen ist: Um einer Sozialsplaltung entgegenzuwirken, werden wir die Kernbotschaft des europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2003 („Nichts über uns ohne uns“) und deren konsequente Anforderung an Mitentscheidung und gesellschaftliche Mündigkeit in Politik und Gesellschaft konsequent umsetzen.

20 **2. Bereich Europa**

Indikator hierbei ist unser eigenes Handeln z.B. bei der Besetzung der Mandate im europäischen Parlament – nichts über uns ohne uns – wo spiegelt sich das hier wieder?

Das europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen mit seinen konkreten Inhalten ist die Blaupause für die spätere UN-Behindertenrechtskonvention, die ethische Standards weltweit setzt und auch von uns umgesetzt werden müsste.

25 **3. Bereich Arbeit:**

Ergänzend zu der gezielten, aufstiegsorientierten Förderung von Frauen muss klar erwähnt werden: *Menschen mit Behinderungen werden wir durch die konsequente Umsetzung des Budgets für Arbeit den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt direkt ermöglichen. Ebenfalls werden wir durch Förderprogramme beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg behinderter Menschen bis hin zu Leitungspositionen gewährleisten.*

35 **4. Bereich Rente, Gesundheit und Pflege**

Hier steht „Kranken, Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen bedürfen unserer besonderen Solidarität“. Mehr Geld ins System reicht nicht. Es müssen aktuelle gesellschaftliche Anforderungen aufgegriffen werden. Es muss also der Satz eingefügt werden: *Wir werden die selbstbestimmte Pflege auch behinderter Menschen stärken und so die Autonomie, die Ehre und das Bewusstsein dieses Personenkreises hervorheben.* „Autonomie stärken, Abhängigkeiten minimieren“ ist auch im Bereich der aktivierenden Pflege unser Leitmotto.

45 **5. Passagen zu den besonderen Konventionen**

Die Erwähnung der älteren Kinderschutzkonvention und die gleichzeitige Nichtberücksichtigung der aktuellen Behindertenrechtskonvention– das ist hoffentlich vergessen, ansonsten glatt diskriminierend.

Es fehlt zwingend der Satz: *Wir werden die aktuelle Menschenrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention als derzeit weltweit ethischen Standard vorbildlich für andere Länder in Deutschland verwirklichen und so Inklusion, Partizipation und Barrierefreiheit erlebbar machen.*

In der UN-Kinderschutzkonvention ist der Begriff Partizipation lediglich zwei Mal erwähnt, in der späteren UN-Behindertenrechtskonvention 25 Mal in unterschiedlichen Kontexten. Die Kinderschutzkonvention, auch mit ihren Einsätzen zu Inklusion, Partizipation und Empowerment ist ein Vorläufer zur aktuellen Behindertenrechtskonvention.

6. Bereich Bauen und Wohnen:

60 Hier ist der soziale Wohnungsbau erwähnt und viele andere Punkte mehr. Zwingend ist hier die klare Vorgabe auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels: *Bei allen öffentlichen Bauten, wie auf Straßen und Plätzen werden wir auf barrierefreie Standards achten und deren Durchsetzung verfolgen.*

7. Bereich Kultur und Sport:

65 Das Ziel einer integrativen/ inklusiven Gesellschaft wird im Bereich Kultur und Sport erwähnt. Hier muss deutlich gemacht werden, dass der Begriff „integrative Systeme“ sich an den Personenkreis der Migrantinnen und Migranten wendet sowie der Begriff „Inklusion“ an Menschen mit Behinderungen. Ansonsten könnte man den Begriff der Integration der 70er-Jahre nehmen. Dieser war subjekt-objekt-geprägt und wäre gesellschaftlich eine glatte Rolle rückwärts für alle demokratisch- und zukunftsorientierten Menschen.

70 Da der Begriff der Inklusion doch zwei Mal enthalten ist, *stellt sich die Frage, wie aufgrund der zwingenden Vorgaben der UN-BRK Menschen mit Behinderungen hier qualifiziert mitentscheiden sollen.* Für politisch bewusste Menschen mit Behinderungen ist es schlicht undenkbar, dass Frau Merkel und Herr Schulz, bei aller persönlichen Wertschätzung, sich als unsere Betreuer oder Vormunde gerieren.

8. Inklusiver Bildung:

80 Zu begrüßen ist, dass Bildungsfinanzierung und Bildungs koordinierung wieder auf Bundesebene mitgesteuert werden sollen. Hier bedarf es jedoch klarer Orientierungen aufgrund der aktuellen Menschenrechtsanforderungen. Finanzielle Mittel des Bundes müssen klar an die Umsetzung inklusiver Bildung und eine durchgängige inklusive Bildungskette in allen Bundesländern geknüpft sein.

9. Bundesteilhabegesetz und dessen Umsetzung:

85 Hierzu habe ich dem Sondierungspapier nichts entnehmen können. Ich halte es jedoch für erforderlich, dass hier klare Orientierungen geschaffen werden und so die Leitplanken für die nächsten zehn Jahre gelegt werden. Die Schaffung des BTHG war die zentrale Anstrengung der noch amtierenden Bundesregierung und muss in Übereinstimmung mit Menschen mit Behinderungen fortgeführt werden.

10. Bundesbehindertenbeauftragte/r:

95 Die Zeit von Beauftragten ohne konkrete Kompetenzen ist nach einer Zeit von ca. 40 Jahren ein Auslaufmodell. Unter dem Aspekt „Demokratie weiterentwickeln“ bitte ich einen Satz einzufügen: *Wir werden einen behinderten Menschen, der aus der aktiven Behindertenbewegung kommt, deren Vertrauen hat und über die breite Fachkompetenz verfügt, als Staatsminister mit konkreten Aufgaben, mit der Wahrnehmung und Begleitung wirksamer Gesellschafts- und Behindertenpolitik betrauen.*

100

11. Wahlrechtsreform:

Die bereits in der vergangenen Legislaturperiode vereinbarte Wahlrechtsreform werden wir verwirklichen und generalisierte Ausschlüsse von behinderten Menschen so eliminieren.

105 Niemanden ausgrenzen, alle als Teil einer solidarischen Gesellschaft einzubeziehen ist Fundament unseres konkreten Handelns. Hierbei leiten sich unsere konkreten Handlungsfelder aus den Prämissen Inklusion und Partizipation als ein Begriffspaar ab:

- Empowerment verwirklichen
- 110 • Barrierefreiheit auf den aktuellen gesellschaftlichen Stand umsetzen ist mehr Lebensqualität für alle

In Deutschland leben zwischen 14 und 15 Millionen Menschen, die eine amtliche Bescheinigung als Menschen mit einer Behinderung haben. Hiervon ca. 8 Millionen Schwerbehinderte. Sie dürfen nicht auf ihr Leid und ihren Hilfebedarf reduziert werden sondern müssen als würdige, wertvolle Teile unserer Gesellschaft selbstbewusst in Deutschland überall partizipieren, präsent sein und mitentscheiden. Keine Rolle rückwärts in neues Fürsorgedenken der 70er-Jahre sondern Gestaltungshoheit für mehr Demokratie und Mitentscheidung in einem demokratischen Sozialgefüge macht Deutschland zum Vorbild weltweit.

Ar 6

Landesverband Sachsen-Anhalt

Für die SPD ist es - auch in der Rolle der stärksten Oppositionspartei im Bundestag – prioritäre Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen und weiterhin solidarisch für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

An den Zielen einer paritätischen Bürgerversicherung muss festgehalten werden. Die jetzt vor uns liegende Legislaturperiode soll dazu genutzt werden, die Grundlagen, Inhalte und Bedingungen zur Umsetzung detailliert zu erarbeiten und so weitgehend vorzubereiten, dass durch die öffentliche Debatte deren Einführung in der nächsten, von uns politisch zu führenden, Legislatur erfolgen kann.

Die SPD tritt für die sofortige durchgehend paritätische Finanzierung (einschließlich etwaiger Zusatzbeiträge) und die Abschaffung von Zuzahlungen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ein. Beitragsbemessungsgrenzen sind zu hinterfragen und die Einbeziehung aller Einkommen in die Beitragspflicht zu prüfen.

Wir als SPD wollen eine bedarfsgerechte Versorgung mit einheitlichen Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung und wehren uns gegen alle beitragsfinanzierten „versicherungsfremden Leistungen“ in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.

Wir als SPD werden weiterhin dafür kämpfen, dass alle gesetzlich Versicherten - unabhängig von Einkommen und Wohnort – die beste medizinische und pflegerische Versorgung bekommen und ihnen alle notwendigen medizinischen Leistungen im Krankheitsfalle zur Verfügung stehen. Wir kämpfen gegen jede Form der „Zwei-Klassen-Medizin“ und wissen, welchen Herausforderungen wir dabei in der kommenden Legislaturperiode ausgesetzt sein werden.

Wir als SPD treten für eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung ein und werden diese überall dort implementieren, wo wir jetzt und/oder in Zukunft Verantwortung tragen. Dabei müssen die Vorbeugung (Prävention) und die Rehabilitation – ebenso wie die Pflege - in diese Planung einbezogen werden.

Die Notfallversorgung muss organisatorisch, strukturell und finanziell neu

aufgestellt werden. Sonst kann eine hohe Qualität in der Versorgung als auch ein wohnortnaher Zugang für alle nicht gewährleistet werden.

Wir als SPD setzen uns auch künftig für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern und in der ambulanten Kranken- und Altenpflege ein und
30 verteidigen die begonnene generalisierte/ einheitliche Pflegeausbildung. Wir wollen überall dazu beitragen, dass durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Pflege eine Versorgung erreicht wird, welche die Würde der Kranken und Alten respektiert und sichert.

Ein Mittel um den steigenden Fachkräftebedarf im Bereich der Altenpflege zu
35 decken, stellen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung dar. Die Einführung einer Pflegevollversicherung ermöglicht und refinanziert die angestrebten verbesserten Arbeitsbedingungen. Zu den guten Arbeitsbedingungen gehören auch eine bessere Bezahlung, ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag, eine bessere Personalausstattung und verbindliche Personaluntergrenzen.

Bildungs-, Wissenschafts- Jugend, Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik

B 1

Ortsverein Köln-Höhenhaus (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Beenden der prekären Beschäftigung im Bildungssektor

Die SPD soll sich deutlich gegen prekäre Beschäftigung im Bildungssektor positionieren und aktiv politische Maßnahmen ergreifen oder initiieren, um prekäre Beschäftigung im Bildungssektor abzuschaffen und in unbefristete, tarifgebundene Arbeitsverhältnisse zu überführen.

B 2

Ortsverein Köln-Höhenhaus (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Bildungsfinanzierung

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Anteil an öffentlichen Ausgaben für Bildung entsprechend der OECD-Forderung auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes gesteigert wird.

Innen- und Rechtspolitik, Verbraucherschutz, Migration

11

Ortsverein Kalenborn (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Regierungsbildung 2018 Für den Fall einer großen Koalition

Der Parteitag möge beschließen, der SPD-Verhandlungskommission für Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen folgendes aufzugeben:

- 5 1. Der Katalog der Maßnahmen, die von der SPD in den Sondierungsgesprächen und gegebenenfalls Koalitionsverhandlungen eingebracht werden, muss deutlich machen, dass die SPD im umfassenden Sinn „die“ konsequente „Schutzmacht der kleinen Leute“ ist.
- 10 2. Dieser Katalog muss mindestens folgende Maßnahmen beinhalten, um die im Alltag spurbaren Probleme einzudämmen:
 - A) umfangreiche Infrastrukturinvestitionen vom Schul- bis zum Wohnungsbau, von denen alle, unabhängig von ihrer Herkunft, also nicht vorrangig oder gar allein Zugewanderte, profitieren können.
 - 15 B) entscheidende Stärkung der inneren Sicherheit zur besseren Bekämpfung auch der Kleinkriminalität, um no-go-areas nicht entstehen zu lassen bzw. vorhandene zu beseitigen.
 - C) umfassende Integrationsmaßnahmen, deren Mittelverteilung und -aufbringung transparent sein muss.
- 20 3. Eine Verletzung im zukünftigen Regierungshandeln der von der SPD derart markierten und in einem eventuellen Koalitionsvertrag festgeschriebenen Punkte, kennzeichnet zugleich „Sollbruchstellen“, die zu einem vorzeitigen Ende der Koalition führen müssen.

12

Ortsverein Köln-Höhenhaus (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Stärkung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Wir wollen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherstellen indem wir die Zugangsvoraussetzungen künftig auch stärker an gewonnenen berufspraktischen Erfahrungen oder besonderen wissenschaftlichen Qualifikationen orientieren und beispielsweise den Zugang zu den Laufbahngruppen im öffentlichen

- 5 Dienst auch für Bachelor-Absolventen mit Promotion, Fachhochschul-Absolventen mit Diplom oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung öffnen. Die im deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) für lebenslanges Lernen zugeordneten Qualifikationen werden verbindlich für den Zugang zu den Laufbahngruppen im öffentlichen Dienst anerkannt.
- 10 Diese Regelungen gelten gleichermaßen für verbeamtete und für angestellte Personen.

Das Grundrecht auf Familie ist nicht verhandelbar – Familiennachzug ermöglichen

Neben einer beruflichen Perspektive sind der Schutz der Ehe und Familie als wesentliche Faktoren für eine gelungene Integration anerkannt und geschützt. Artikel 6 des Grundgesetzes misst der Familie einen besonderen Schutz zu. Die EU-Familienzusammenführungsrichtlinie (2003/86/EG) beschreibt den Kerngedanken der Bedeutung der Familie. Darin wird die Familienzusammenführung als notwendige Voraussetzung für ein Familienleben beschrieben. Sie trage zur Schaffung soziokultureller Stabilität bei und unterstütze die Integration von Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedsstaat. Diesem Gedanken wird auch in Art. 6 GG und Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Rechnung getragen.

Das Schicksal von Menschen, die bereits durch ihre Fluchterfahrung und die notwendige Neuorientierung vor großen Herausforderungen stehen, darf kein Spielball politischer Verhandlungen werden. Wer Integrationsbereitschaft fordert, muss Voraussetzungen für gelingende Integration schaffen. Wenn Flüchtlingskinder nicht nur ohne ihre Eltern bei uns leben müssen, sondern auch um Leib und Leben ihrer Familien z.B. in Syrien bangen müssen, wird die kindliche Entwicklung als auch der Integrationsprozess erschwert.

Wir stehen dazu, dass auch Geflüchtete mit subsidiären Schutzstatus eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland erhalten und gleichberechtigten Zugang zu allen Integrationsangeboten erhalten.

Die SPD fordert daher ein Ende jeglicher Einschränkungen der Familienzusammenführung. Familiennachzug verstehen wir nicht als Belastung, sondern als Motor der Integration.

Besserer Schutz für Geflüchtete

Der Umgang mit geflüchteten Menschen und ihren Familien ist ein Lakmустest für unsere sozialdemokratischen Grundsätze zu Gerechtigkeit und Humanität. In den Sondierungen wurden zum Familiennachzug Vereinbarungen getroffen, die wir so keinesfalls mittragen können. Die Kasernierung geflüchteter Menschen in Zentren mit dem zynisch klingenden Namen „ANKER“ ist eine unerfreuliche Vorstellung, und sie muss auf einen klaren Zeitkorridor begrenzt bleiben. Der Familiennachzug für subsidiär Geschützte darf nicht so scharf begrenzt werden - wenn notwendig, muss den Botschaften weiteres Personal zur Verfügung gestellt werden. Unter gar keinen Umständen ist eine Kompensation des Familiennachzugs mit der Übernahme von Geflüchteten aus Italien und Griechenland tragbar, denn die gebietet die europäische Solidarität. Die zwar flexible aber dennoch faktische Obergrenze kann so nicht stehenbleiben.

Für den Fall einer Aufnahme von Koalitionsgesprächen fordern wir deshalb die VerhandlerInnen auf, in diesem Punkt erheblich nachzulegen, nämlich bei

- zeitlicher Begrenzung der Kasernierung von Geflüchteten in den „Aufnahmezentren“;
- Familiennachzug auch für subsidiär geschützte ohne Begrenzung;
- keine Kompensation des Familiennachzugs mit der Übernahme von Geflüchteten aus Griechenland und Italien;
- keine definierte Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten.

Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik

StW 1

Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Finanzierungsvorbehalt

Alle Vorhaben, die die Verhandlungspartner politisch umsetzen wollen und den normalen Haushaltsansatz und den „Überschuss“ durch die ungerechten Steuerquellen Verbrauchs- und Verkehrssteuern, wie z. B. Umsatzsteuer, Energiesteuern, übersteigen, sind durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Abschaffung der Abgeltungsbesteuerung für Zinsen, Veräußerungsgewinne und Ausschüttungen (damit Rückkehr zur synthetischen Besteuerung des § 20 Einkommensteuergesetz) sowie der Abschaffung von Steuerschlupflöchern zu finanzieren.

Dieser 2013 in ähnlicher Form beschlossene Finanzierungsvorbehalt wurde seinerzeit bei den Koalitionsvereinbarungen nicht durchgesetzt. Dies führte dazu, dass Verbesserungen, z. B. bei den Renten, zu Lasten der Rentenkasse und des allgemeinen Steuerzuschusses gehen und damit letztlich insbesondere die Normalverdiener treffen.

Diesmal muß der Parteivorsitzende, um glaubwürdig zu bleiben, diesen Finanzierungsvorbehalt durchsetzen, wie er es am 5. Januar 2018 in einem Pressegespräch mit dem Springer-Verlag dargestellt und bekräftigt hat („Wir bleiben hart.“).

Sollte es zu einer Mitgliederbefragung kommen, sind die Mitglieder über diese Finanzierungsfrage zu informieren.

StW 2

Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

Steuerrecht reformieren

Wir fordern im Rahmen von Koalitionsverhandlungen mit höchster Priorität eine Reform des Steuerrechts:

- 1.1 Die Wiedereinführung einer Kapitalertragsteuer, die wieder mit dem persönlichen Steuersatz erhoben wird, anstelle der Abgeltungssteuer,
- 1.2 die Erhebung von Erbschaftsteuer in Höhe von 30% bereits ab einer Vermögenshöhe von 10 Mio.€ mit korrigierter Verschonung der Betriebsvermögen unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung,
- 1.3 die Wiedereinführung einer Vermögensteuer von 0,5% p.a. auf alle

- 10 Vermögensarten bei zeitnaher Bewertung von Immobilienvermögen auf der Grundlage von Ertrags- und Bodenrichtwerten unter Berücksichtigung hoher Freibeträge für untere und mittlere Vermögen, so dass nur die obersten zehn Prozent der Vermögensbesitzer betroffen sind,
- 1.4 die Einführung eines Vermögensregisters zur Erfassung aller persönlichen und betrieblichen Vermögen in Deutschland.
- 15 2.1 Die Senkung der Mehrwertsteuer im begünstigten Teil um zunächst zwei Prozentpunkte und Begrenzung des Katalogs der begünstigten Steuersätze auf alle Güter der täglichen Grundversorgung,
- 2.2 die Senkung der Energiesteuer für private Konsumenten,
- 2.3 Korrekturen bei der Einkommensteuer durch Erhöhung der Grundfreibeträge und
- 20 Abschmelzen des Solidaritätszuschlags bei gleichzeitigem Ausgleich durch entsprechende Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie
- 2.4 Heranziehung multinationaler Konzerne zur Steuer mit ihren in Deutschland erzielten wirtschaftlichen Ergebnissen. Gleichzeitig soll darauf hingewirkt werden, dass diese Regelungen auch in der Europäischen Union eingeführt und
- 25 vereinheitlicht werden.

StW 3

Ortsverein München Laim (Landesverband Bayern)

12 steuerpolitische Forderungen

Wir sind der Auffassung, dass die SPD konsequent und mit allem Nachdruck auf eine sozialere Besteuerung der Bürger unseres Landes drängt. Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- 5 1. Die Einkommen aus nicht durch Arbeit erzielte Einkommen sind an die Steuersätze für Arbeitseinkommen anzugleichen.
2. Die Steueroasen innerhalb der EU müssen geschlossen werden.
3. Eine Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden.
4. Die Erbschaftssteuer ist in erheblich stärkerem Maße als bisher auf große Betriebsvermögen auszudehnen. Die erbschaftssteuerliche Bevorzugung großer
- 10 Betriebsvermögen ist aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht hinzunehmen. Hierfür gibt es zumindest bei Betrieben, die nicht von den Anteilseignern geleitet werden auch keinen betriebswirtschaftlichen Grund.
5. Managergehälter und -boni über 1 Mio. Euro pro Jahr dürfen nicht mehr als Betriebsausgaben der Unternehmen berücksichtigt werden.
- 15 6. Unternehmen sind in dem Staat zu besteuern, in dem sie ihre Umsätze machen.
7. Eine Finanztransaktionssteuer ist einzuführen.
8. Die Umsatzsteuer ist erheblich zu senken.
9. Die Umsatzsteuervergünstigung für Hotelübernachtungen ist zu streichen.
10. Alleinerziehende Elternteile müssen bessergestellt werden.
- 20 11. Es ist grundsätzlich die Mittagsspeisung von Schulkindern kostenlos zu stellen.
12. Kindergartengebühren sind bis zu einer bestimmten Obergrenze kostenlos zu stellen bzw. zu erstatten.

Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik

U 1

Ortsverein Seefeld (Bezirk Weser-Ems)

Klimaschutz ernst nehmen!

1. Klimaschutz ist als eine der "großen Fragen" in die Präambel des Koalitionsvertrags aufzunehmen, da er sämtliche gesellschaftlichen und globalen Handlungsfelder betrifft, wenn man ihn ernst nimmt.
2. Aus umweltpolitischer Sicht sind die Ergebnisse in den Kapiteln "Klima/Energie", "Umwelt", "Landwirtschaft" und "Verkehr" des Sondierungspapiers leider ungenügend, um die anstehenden Probleme zu lösen. Ohne massive Verbesserungen macht eine neue große Koalition keinen Sinn.
3. Am Klimaschutzziel für 2020 ist festzuhalten. Zur Erreichung dieses Ziels sind bis Ende 2020 zunächst 9 GW Braunkohlekapazitäten in den am meisten Schadstoffe emittierenden Kraftwerken stillzulegen. Als zweiter Schritt ist ein Ende der Braunkohlenutzung bis 2025 zu vereinbaren in Kombination mit den bereits vereinbarten Strukturhilfen für die Reviere.
4. Statt sich weiterem Wirtschaftswachstum nach bisherigem Muster zu verpflichten, was der Erreichung der überlebensnotwendigen Klimaschutzziele entgegensteht, sollte sich die Regierungskoalition dafür einsetzen, den Erhalt des Wohlstands und dessen Zugänglichmachung für alle Bürgerinnen und Bürger im Einklang mit konsequentem Klimaschutz anzustreben.
5. Wird beim Klimaschutz von "marktorientiert" oder "Wirtschaftlichkeit" gesprochen, müssen die realen Kosten der derzeitigen fossilen und atomaren Energieerzeugung angesetzt werden; Stichworte z.B. externe Kosten, Endlagerung. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, welche Kosten anfallen, wenn der Klimaschutz weiter verzögert wird.
6. Diesel-Gate muss noch einmal neu aufgerollt und im Sinne der Umwelt und der Verbraucherinnen und Verbraucher gelöst werden. Eine Nachrüstung sämtlicher Dieselmotoren, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen als besonders umweltfreundlich verkauft wurden, muss von den Autobauern finanziert werden. Die Subventionierung des Diesels durch geringere Steuern ist schrittweise in 4 Jahren zu beenden.
7. Mittelfristig ist die Einführung einer CO₂-Abgabe zu planen.
8. Die Nutzung des Umweltgiftes Glyphosat ist bis Ende 2021 im Bundesgebiet komplett zu verbieten. Damit ist genügend Umstellungszeit für Landwirte. Nur so besteht eine Chance auf Erhalt und Erholung der Artenvielfalt.
9. Wenn die Verhandler erkennen müssen, dass obige auf dem Sonderparteitag vereinbarten Minimal-Ziele in Sachen Umweltschutz nicht erreichbar sind, sind die Verhandlungen zu beenden.

Klimaschutz muss konkret werden

Im Antrag „Zur Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen“ regen die Naturfreunde im Namen viele Umwelt- und Naturschutzverbände an, dass der Bundesparteitag folgende Ergänzung bei den Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik beschließt:

5

Klimaschutz muss konkret werden

Die Begrenzung des Klimawandels und die Achtung der planetaren Grenzen sind die Voraussetzung für unseren Wohlstand und eine lebenswerte Zukunft folgender Generationen. Will die SPD ihrem Anspruch als Fortschrittspartei gerecht werden, muss sie die sozialen und ökologischen Fragen miteinander verbinden. Sie sind eine sozialdemokratische Aufgabe, denn Klimaschutz ist nicht nur die Voraussetzung künftigen Lebens, sondern auch eine Frage, ob wir die Ideen des Fortschritts und der Gerechtigkeit bewahren.

10

Klimaschutz ist die Bedingung für globale Solidarität, für Menschenschutz und die Bekämpfung von Fluchtursachen. Deshalb geht es um die konsequente Umsetzung der völkerrechtlich verbindlichen Beschlüsse des Klimagipfels von Paris und der siebzehn Nachhaltigkeitsziele von New York. Natürlich sind Koalitionen Aushandlungsprozesse, aber richtig ist auch, dass der Klimawandel darauf keine Rücksicht nimmt. Zwar werden die nationalen Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 bestätigt, aber die nach Paris notwendige Zielverschärfung für das langfristige Klimaziel für 2050 auf mindestens 95 Prozent Treibhausgasreduktion gegenüber 1990 ignoriert.

15

20

Politik muss Gegenwart und Zukunft miteinander verbinden. Das passiert zu wenig, denn es geht um eine sozial-ökologische Transformation, die im Zentrum der Politik stehen muss.

25

So positiv das Vorhaben einer gesetzlichen Verankerung der Klimaziele für 2030 und 2050 auch ist, das politische Instrumentarium, wie die Ziele auch erreicht werden zu können, darf nicht unkonkret sein. Wir brauchen konkrete Ziele, wie kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Erreichung des Klimaziels 2020, Instrumente zur Erreichung der 2030-Sektorziele für Energie, Verkehr und Gebäude, ein Kohleausstiegsplan und die strukturpolitische Begleitung in eine oder mehrere Kommissionen ausgestaltet werden sollen.

30

Dies muss konkret sein, denn der Klimawandel ist eine Menschheitsherausforderung, bei der uns die Zeit wegläuft. Klimaschutz muss ein kategorischer Imperativ sein. Notwendig ist eine deutliche Konkretisierung der geplanten klimapolitischen Maßnahmen. Dazu gehört:

35

- Das Bekenntnis zu einem mit dem Pariser Klimaabkommen kohärenten Langfristziel für 2050, also 95 Prozent
- Die Maßnahmen für eine Erreichung des Klimaziels für 2020 benötigen keine weitere Kommission. Primär kurzfristig wirksames Instrument ist die deutliche Reduktion der Kohleverstromung. Pfad und Enddatum für den Kohleausstieg ergeben sich aus den völkerrechtlich verbindlichen Klimaabkommen von Paris.

40

- 45
- Die angekündigte Kommission muss dafür da sein, den Strukturwandel sozial und regional auszugleichen und vor allem in den betroffenen Regionen die Infrastruktur zu modernisieren.
 - Zumindest diese Voraussetzung und Rahmensetzung sollte einer wie auch immer strukturierten Kommission vorgegeben werden, um noch im Jahr 2018 zu Ergebnissen zu kommen.
- 50
- Grundlage einer gesetzlichen Verankerung der Ziele für 2030 müssen die im Klimaschutzplan 2050 der aktuellen Großen Koalition beschlossenen Sektorziele sein.
- 55
- Weder kurzfristige noch unsere langfristigen Ziele beim Klimaschutz können erreicht werden, wenn das Primat der Politik aufgegeben wird. Nur eine konsequente Energiewende wie auch Agrar- und Verkehrswende mit einer engen strukturpolitischen Begleitung führt zu klimapolitischer Glaubwürdigkeit und legt die Grundlage für eine moderne Volkswirtschaft, die innovationsstark ist und Arbeitsplätze schafft.

Themenübergreifende Anträge / Sonstige

TH 1

Ortsverein Heinsberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Mitgliederbefragung über Sondierungsergebnisse

- Um die Basis zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einzubinden, um Schaden von der SPD abzuwenden und zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie findet auf der Basis der finalen Fassung der Ergebnisse der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD vom 12. Januar 2018 eine Mitgliederbefragung statt mit der Fragestellung, ob die SPD auf dieser Basis in Koalitionsverhandlungen mit der CDU / CSU eintritt oder nicht.
- 5

TH 2

Ortsverein Grafschaft (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Regierungsbeteiligung der SPD

- Wir lehnen die Fortsetzung oder Wiederaufnahme einer sogenannten Großen Koalition ab, wenn nicht von Anfang an sichergestellt ist, dass die Politik des Neoliberalismus erkennbar beendet wird. Eine wie auch immer geartete Regierungsbeteiligung der SPD kann nur erfolgen, wenn eine Vereinbarung mit anderen Parteien durch geeignete Vertragsklauseln sichergestellt wird. Verstöße gegen Vereinbarungen müssen die Entlassung der verstoßenden Personen aus der Regierung zur Folge haben. Erfolgt diese Entlassung nicht, ist die Koalition beendet.
- 5

TH 3

Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)

Forderungen für Koalitionsverhandlungen

Für den Fall, dass die SPD Koalitionsverhandlungen mit der Union aufnimmt, erheben wir folgende, über die Ergebnisse der Sondierungsgespräche hinausgehende bzw. diese zurückweisende Forderungen zum Gegenstand und zur Zielsetzung dieser Verhandlungen:

5 1. Maßnahmenpaket Kinderarmut:

Wir fordern die Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche, da die angedachten Maßnahmen Kinder im Hartz IV-Bezug wegen der Anrechnung überwiegend nicht erreichen.

10 2. Maßnahmen für mehr Anstand auf dem Arbeitsmarkt

Wir fordern die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, weil sie ungerechtfertigt sind und es den meist jungen Betroffenen an Planungssicherheit für ihr Leben fehlt. Wir fordern die Gleichstellung von Leih- und Zeitarbeitern mit Beschäftigten der Stammbeslegschaft in Status, Rechten und Entlohnung, weil die bestehende Ungleichbehandlung ungerecht und ungerechtfertigt ist und weil prekäre Beschäftigung Belegschaften und die Gesellschaft spaltet.

 3. Maßnahmen zu Asylbewerbern und Geflüchteten

Wir lehnen die Kasernierung von geflüchteten Menschen in zentralen Einrichtungen über längere Zeit ab und fordern, den Aufenthalt in diesen Einrichtungen zeitlich eng zu begrenzen. Wir lehnen die Begrenzung des Familiennachzugs ab. Wir fordern, dass der Nachzug der engeren Familie auch für subsidiär geschützte Personen wieder in vollem Umfang ermöglicht wird. Wenn die Anzahl und Komplexität der Fälle es notwendig macht, dann muss Personal bei den Botschaften eingestellt werden, um die Anträge zu bearbeiten. Wir lehnen die Kompensation der Wiedereinführung des Familiennachzugs mit der Übernahme von Geflüchteten aus Italien und Griechenland ab. Wir fordern, dass Deutschland auch weiterhin Verantwortung und Solidarität gegenüber den europäischen Partnerländern übernimmt, die an der Außengrenze am Mittelmeer die größte Last der Migration zu tragen haben.

 4. Wir fordern, das Wahlalter für den Bundestag auf 16 Jahre zu senken, um jungen Menschen mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen.

TH 4

Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)

Bedingungen Mitgliederentscheid

1. Im Vorfeld eines etwaigen Mitgliederentscheides über den ausgehandelten Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sind seitens des Parteivorstandes den Kritiker*innen einer auf dem Koalitionsvertrag basierenden großen Koalition dieselben Möglichkeiten zur Artikulation ihrer Argumente einzuräumen wie den Befürworter*innen.

Das gilt für sowohl für parteiinterne Veranstaltungen, Publikationen und

- (elektronische/analoge) Korrespondenz mit Mitgliedern und Gremien als auch für die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit des Parteivorstandes.
- 10 2. Im Vorfeld des Mitgliederentscheides müssen die Mitglieder auch umfänglich über das personelle Tableau der SPD für eine etwaige Regierungskoalition informiert werden.

TH 5

Kreisverband Nordwestmecklenburg-Wismar (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

- Zur Vorbereitung eines Koalitionsvertrages zwischen SPD, CDU und CSU sind unter der Voraussetzung die Verhandlungen mit CDU und CSU aufzunehmen, dass die Ergebnisse der Sondierungsgespräche um weitere sozialdemokratische Kernthemen zu ergänzen sind, da sie allein als Grundlage für eine Koalitionsvereinbarung nicht ausreichen.
- 5

Sind CDU/CSU nicht dazu bereit, weitere Themen zielführend zu verhandeln, sind die Verhandlungen abubrechen.

TH 6

Ortsverein Moers-Rheinkamp (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Nein zur GroKo

1. Es werden keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aufgenommen.
 2. Die Europapolitik einer von der CDU/CSU geführten Minderheitsregierung wird befürwortet, soweit sie dem Sondierungsergebnis zwischen der SPD und der CDU/CSU im Rahmen der Europapolitik entspricht.
- 5 Der Bundesparteitag möge hilfsweise beschließen:
3. Im Falle einer Koalitionsbildung darf der Parteivorsitzende nicht Mitglied oder Beauftragter dieser Regierung sein.

TH 7

Ortsverein Barmbek Mitte (Landesorganisation Hamburg)

Nein zur GroKo

Wir lehnen einen Einstieg in eine Große Koalition ab. Denn die vorgelegten Ergebnisse der Sondierungsgespräche erfüllen die Wahlprogrammpunkte der Partei nicht. Diese aber sind unabdingbare Voraussetzungen für eine soziale und demokratische Erneuerung der Gesellschaft.

TH 8

Ortsverein Barmbek Mitte (Landesorganisation Hamburg)

Der Erneuerungsprozess muss weitergehen

Die nach der Bundestagswahl 2017 begonnene personelle, inhaltliche und

strukturelle Erneuerung der Partei soll unabhängig vom Eintritt in eine sogenannte Große Koalition weitergeführt werden.

TH 9

Ortsverein Dietzhölztal (Bezirk Hessen-Süd)

Wir lehnen Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU ab

Wir danken dem Sondierungsteam der SPD für die Verhandlungen und müssen erkennen, dass mit CDU und CSU nur ein „Weiter so“ möglich ist. Wir sagen danke, aber nein danke.

TH 10

Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)

Bedingungen für erfolgreiche Koalitionsverhandlungen

Für den Fall, dass der SPD-Bundesparteitag am 21.01.2018 der Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit der CDU/CSU zustimmt, fordern wir den Parteivorstand und die von ihm einzusetzende Verhandlungskommission auf, mindestens folgende Punkte gegenüber der Union durchzusetzen:

- 5 1. Die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau werden nicht nur für die Jahre 2020 und 2021 auf eine rechtssichere Grundlage gestellt, sondern erheblich erhöht und an eine dauerhafte Sozialbindung gekoppelt. Steuerliche Anreize werden nicht wie im Sondierungspapier für den „freifinanzierten Wohnungsbau“, sondern für den „Mietwohnungsbau“ geschaffen.
- 10 2. Die Verlängerung des Bindungszeitraumes für Mietspiegel wird nicht „geprüft“, sondern mindestens verdoppelt und konkret vereinbart und umgesetzt.
3. Die Mietpreisbremse wird nicht „zum Ende des vorgesehenen Geltungszeitraumes evaluiert“, sondern konkret und schnellstmöglich nachgebessert. Die in der letzten Großen Koalition gescheiterte 2. Mietrechtsreform wird weitestgehend vereinbart.
- 15 4. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird unter den Zustimmungsvorbehalt der jeweiligen Kommune gestellt, der Milieuschutz in einen Schutz ausgebaut, der bezahlbaren Wohnraum erhält.
5. Zur Reform des Bodenrechts und der Bekämpfung der Grundstücksspekulation wird eine Kommission eingesetzt, die bis zur Mitte der Legislaturperiode Handlungsvorschläge erarbeitet.
- 20 6. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird so reformiert, dass soziale und ökologische Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden können und insbesondere der Ausbau und der Betrieb des ÖPNV vom Bund deutlich besser gefördert wird.
- 25 7. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen wird abgeschafft.
8. Die Verbesserungen bei der Mütterrente werden steuerfinanziert.
9. Die im Sondierungspapier vorgesehene Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ wird so eingesetzt, dass Ergebnisse für die Zeit nach 2025 noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können, zumindest
- 30 Zielvorstellungen für das Rentenniveau und den Beitragssatz ab 2025 deutlich werden.
10. Die im Sondierungspapier vorgesehene Erhöhung der Grundsicherung im Alter

- entspricht nicht der noch im letzten Koalitionsvertrag vereinbarten solidarischen Lebensleistungsrente. Hinter einen einmal erzielten Kompromiss darf ein neuer Koalitionsvertrag nicht zurückfallen.
- 35 11. Die verlängerte Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten darf nicht nur für Neuzugänge gelten, auch Bestandsrentner – die besonders von Altersarmut betroffen sind – müssen einbezogen werden.
- 40 12. Die im Kapitel „Finanzen und Steuern“ angekündigten Entlastungen der Geringverdiener bei den Sozialabgaben und die Ausweitung der Midi-Jobs dürfen nicht zu geringeren Rentenanwartschaften führen.
13. Die steuerliche Subventionierung von Diesel-Treibstoff wird in dieser Legislaturperiode beendet.
- 45 14. Der Familiennachzug wird nicht auf 1.000 Menschen pro Monat begrenzt. Die im Sondierungspapier vorgesehenen zentralen Lager (ANKER) werden nicht vereinbart.
15. Zumindest ein Einstieg in die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin muss erreicht werden. Fallpauschalen und die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigungen sollen kritisch überprüft werden.
- 50 Sollte es nicht gelingen, diese Mindestverbesserungen zum Sondierungspapier gegenüber der Union bei Koalitionsverhandlungen durchzusetzen, erklärt der Parteivorstand die Koalitionsverhandlungen für gescheitert und verzichtet darauf, einen hinter den Anforderungen zurückbleibenden Entwurf eines Koalitionsvertrages den SPD-Mitgliedern zur Entscheidung vorzulegen.

TH 11

Landesverband Berlin

Die Bundes-SPD stärker machen, Glaubwürdigkeit wiedergewinnen

Auftrag zur Opposition annehmen – echten Neuanfang wagen – für klare linke Politik eintreten!

Das Wahlergebnis spricht eine klare Sprache: Die Große Koalition wurde abgewählt. Auch wir wollen nicht in einer Großen Koalition weitermachen. Nach vier Jahren teilweise fauler Kompromisse ist es jetzt Zeit für die SPD, wieder zu ihren

5 teilweise fauler Kompromisse ist es jetzt Zeit für die SPD, wieder zu ihren Grundwerten zurückzukehren und die Menschen für ihren Entwurf von einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu gewinnen.

Die Große Koalition hat zu einem Erstarken des rechten Randes geführt. Rassistischen Hetzer*innen im Bundestag dürfen wir nicht die Oppositionsführung überlassen. Sie haben den politischen Diskurs bereits viel zu sehr bestimmt.

10 Deswegen liegt jetzt die Verantwortung der SPD darin, echte, linke Alternativen zu einer voraussichtlich konservativen und wirtschaftsliberalen Regierungspolitik aufzuzeigen und im Hinblick auf die nächste Wahl Mehrheiten für eine progressive, linke Politik zu organisieren.

Wir begrüßen deshalb die Absage des Bundesvorstandes an eine neue Große Koalition. Diese Absage muss auch im Falle drohender Neuwahlen gelten, sollte keine „Jamaika“-Koalition zustande kommen, oder für den Fall, dass die Union die Kanzlerin auswechselt, um der SPD den Einstieg in die Große Koalition zu erleichtern.

15 Auch nach einem möglichen Scheitern einer Koalition aus Union, Grünen und FDP im Laufe der Legislaturperiode muss gelten: Die SPD nimmt in dieser Legislaturperiode

20

keine Verhandlungen zur Bildung einer neuen Großen Koalition auf und führt die Opposition im neuen Bundestag an.

Folgende Überlegungen stehen dabei im Mittelpunkt:

25 Eine große Koalition muss bei der Bildung einer Regierung eine Ausnahme darstellen. Die dritte Große Koalition in zwölf Jahren würde diese Ausnahme zu einer Regel werden lassen. Dies würde die Opposition weiter degradieren und marginalisieren – mit entsprechenden Auswirkungen auf das Parteiensystem, die Verortung der Parteien und die politische Kultur.

30 Aus dem Wahlergebnis vom 24.09. leiten wir ab, dass eine Mehrheit der Wähler*innen eine weitere Regierungsbeteiligung der SPD nicht wünscht. Träte die SPD in dieser Legislaturperiode in die Regierung ein, würde die AfD stärkste Oppositionspartei. Die Opposition würde von einer rechtsradikalen Partei angeführt. Das kann und darf die SPD nicht zulassen.

35 Die Reaktionen auf die Nominierung von Martin Schulz haben gezeigt, dass viele Menschen hungrig sind auf eine neue Politik: emanzipatorisch, europäisch, weltoffen. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Und das können wir nur in der Abgrenzung von einer Regierung, die europäische Errungenschaften in Frage stellt, nicht als Teil einer solchen.

40 In diesem Jahr sind viele Menschen unserer Partei beigetreten – zuletzt fast tausend in der Wahlnacht. Diesen Schritt haben sie auch getan, weil sie eine weitere Kanzlerschaft der Union unter unserer Regierungsbeteiligung ablehnen. Sie bereichern unsere Partei mit frischen Ideen und beleben die Art und Weise, wie wir in der SPD diskutieren. Diesen Menschen wollen wir eine politische Heimat sein.

45 Wir haben in den letzten Jahren im Bund und in vielen Ländern regiert, wir haben sozialdemokratische Inhalte durchgesetzt, wir haben Debatten geprägt. Dennoch sind unsere Gestaltungsoptionen eingeschränkt wie selten, sind unsere Wahlergebnisse nicht die, die wir für uns beanspruchen. Opposition ist in dieser Situation nicht „Mist“, sondern die einzig rationale Entscheidung.

50 Die Geschichte hat immer gezeigt, dass die SPD an der Spitze der gesellschaftlichen Entwicklung stehen muss: gleiche Rechte für Männer und Frauen, die menschlichere Gestaltung der Arbeitswelt, die Überwindung von Grenzen und die Verbesserung der Lebenswirklichkeit aller Menschen. All das haben wir erreicht, daran müssen wir anknüpfen! Wir haben eine Verantwortung, die wir nur dann übernehmen können, wenn wir uns nicht weiterhin durch eine Beteiligung an der großen Koalition marginalisieren lassen.

55 Die voraussichtlich letzte Amtszeit der Kanzlerin wird nicht die Zeit sein, die dafür notwendigen Debatten aus der Regierung heraus zu führen – wir werden und wollen die gesellschaftliche Veränderung vorantreiben, die die Konservativen nicht unterstützen.

60 Alleine mit dem Gang in die Opposition wird die SPD jedoch verlorene Glaubwürdigkeit nicht wieder zurückholen können. Dies kann nur mit einem echten Neuanfang funktionieren – sowohl in inhaltlicher als auch in personeller Hinsicht.

65 Wir wollen für unseren Gesellschaftsentwurf Mehrheiten finden und nicht unsere Programmatik nach mutmaßlichen Mehrheiten und dem größtmöglichen Konsens mit der Union ausrichten. Unsere linken, progressiven Ideen werden wir nur mit Gesichtern glaubwürdig vertreten können, die nicht untrennbar mit der Agenda-

70 Politik und/oder der Großen Koalition und ihren Kompromissen verbunden sind. Dies muss sich bei den anstehenden Wahlen in der Fraktion und der Partei widerspiegeln. Vom Parteivorstand muss deshalb über den Ausschluss einer Großen Koalition hinaus ein klares Signal ausgehen, dass Konsequenzen aus dem schlechtesten Bundestagswahlergebnis der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gezogen werden und die Verantwortung für diese Niederlage übernommen wird. Der
75 SPD muss es bei den Parteivorstandswahlen im Dezember gelingen, das Signal eines echten Neuanfangs zu senden.

80 Der neue Vorstand muss der unverzichtbaren personellen und inhaltlichen Neuaufstellung der SPD gerecht werden und darf in seiner Gesamtheit nicht als untrennbar verbunden mit den Agenda- und GroKo-Zeiten empfunden werden. Die Neuwahl des Vorstands sowie der Prozess der Neuaufstellung der SPD müssen mit breitestmöglicher Mitgliederbeteiligung stattfinden. Dazu gehört auch die Urwahl des Parteivorsitzes, beispielsweise ähnlich Labour in Großbritannien.

TH 12

Ortsverein Gemeinde Ratekau (Landesverband Schleswig-Holstein)

Keine Koalitionsverhandlungen

Die SPD tritt nicht in Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU ein.

TH 13

Ortsverein Neumünster-Gadeland (Landesverband Schleswig-Holstein)

Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

1. Der Bundesparteitag beschließt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union.
2. Der Bundesparteitag stellt fest, dass die Verhandlungsdelegation einiges durchgesetzt hat in den Sondierungsgesprächen. Er ist mit dem Ergebnis in
5 wesentlichen Punkten nicht zufrieden und erwartet von den Koalitionsverhandlungen Nachbesserungen.
3. Der Bundesparteitag erwartet im Hinblick auf die nicht umgesetzten Punkte des letzten Koalitionsvertrages einen festen Zeitplan für die Umsetzung der zu vereinbarenden Vorhaben.
- 10 4. Der Bundesparteitag lehnt eine Vorwegnahme des beschlossenen Mitgliederentscheides durch jetzige pauschale Ablehnung der Möglichkeit einer auszuverhandelnden Großen Koalition schon aus Respekt vor dem Entscheidungsrecht der Mitglieder ab.
- 15 5. Der Bundesparteitag stellt fest, dass das Projekt Erneuerung der Partei unabhängig vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen höchste Umsetzungspriorität in der Partei erhält,
6. Der Bundesparteitag stellt fest, dass ein Maximum an Umsetzung sozialdemokratischer Inhalte nach den nächsten Bundestagswahlen am ehesten in einer Koalition mit Grünen und Linken erreicht werden kann.

TH 14

Ortsverein Lüdersdorf (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Sondierungsgespräche mit der CDU und den Grünen

Der SPD OV Lüdersdorf beantragt Sondierungsgespräche mit der CDU und den Grünen aufzunehmen, ohne Beteiligung der CSU.

Wie uns die letzten Wochen gezeigt haben sind die Verhandlungen mit der CSU über einen Koalitionsvertrag kontraproduktiv. Für uns Sozialdemokraten ist die Vereinbarung zwischen CDU und CSU nicht zwingend, daher können wir auch der CDU ein Koalitionsangebot zusammen mit den Grünen anbieten.

TH 15

Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)

Punkte für Koalitionsverhandlungen

Wir erwarten von der Parteiführung, dass sie die Dinge beim Namen nennt und Sachlagen nicht beschönigt. Das Sondierungspapier ist ein Arbeitspapier, in dem die SPD keine der zentralen Forderungen aus dem Wahlkampf umsetzen konnte. Daher ist es nicht „hervorragend“ wie auf der Pressekonferenz gesagt wurde, sondern ein Kompromiss der viele Kröten und saure Äpfel enthält.

Wenn man das Sondierungspapier intensiv liest, entdeckt man die zahlreichen kleinen Punkte, die von der SPD gesetzt wurden. Es gibt aber Punkte, die mit den Werten der SPD nicht in Einklang gebracht werden können.

Für den demokratischen Prozess im deutschen Bundestag halten wir es für wichtig, dass alle Punkte, die nicht im Koalitionsvertrag geregelt sind, frei verhandelt werden können und keine zwangsweise Abstimmung gemeinsam mit der CDU/CSU erfolgt. (S.28)

Auch wenn es sich um ein Kompromiss-Papier handelt, fordern wir zum Koalitionsvertrag folgende Punkte im Sinne der SPD zu konkretisieren:

- Das 3-Säulen-Modell für die Rente (S.13): Da die Riester-Rente gefloppt ist, sollte die betriebliche Säule gestärkt werden.
- Die Mütterrente (S.13) soll staatlich finanziert werden und nicht aus der Rentenkasse. Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass Frauen mit weniger als drei Kindern auch Mütter sind.
- Anker-Zentren für Flüchtlinge (S.21): Es ist gut, wenn die beteiligten Behörden zusammenarbeiten und räumlich nah beieinander angesiedelt sind. Allerdings gibt es keinen Grund die Geflüchteten konzentriert unterzubringen und über die Jahre bis zur Entscheidung festzuhalten anstatt sie dezentral unterzubringen.
- Familiennachzug für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz (S.20): Nach Expertenmeinung ist die Zahl 1.000 pro Monat als zu niedrig angesetzt. Außerdem sehen wir keinen Zusammenhang in diesem Punkt zu der Unterstützung von Italien und Griechenland in der Aufnahme von Geflüchteten. Dies steht auch im Widerspruch zu den Zielen für ein gutes europäisches Miteinander der ersten Seiten.

Wir begrüßen es, dass nach zwei Jahren eine „Inventur“ gemacht wird und man die Segel gegebenenfalls neu setzen kann.

Wir erwarten, dass innerhalb der ersten Hälfte der Legislatur folgende Punkte umgesetzt oder zumindest mit konkretem Zeitplan angefangen wurden:

- 35 • Einführung der Finanztransaktionssteuer (S.15)
- Kohleausstieg (S.24)
- Verbot von Glyphosat (S.23)
- Verbesserung des ÖPNV und Infrastruktur für alternative Antriebe (S.8). Wobei sich alternative Antriebe nicht auf die E-Mobilität beschränken sollten.
- 40 • Schonvermögen nach SGB II erhöhen (S.8)
- Teilzeitbefristungskonzept (S.9)
- Evaluation des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes
- adäquate Finanzierung von Frauenhäusern (S.11)
- Schaffung von Wohnraum (S.22) und einem echten sozialen Wohnungsbau
- 45 • Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum (S.23) soll Ergebnisse und erste Maßnahmen vorlegen

TH 16

Ortsverein Barmbek Uhlenhorst Hohenfelde 1 (Landesorganisation Hamburg)

Eintritt in Koalitionsverhandlungen

Der Bundesparteitag beschließt den Eintritt in Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU mit dem Ziel, die in den Sondierungsverhandlungen entstandenen Übereinkünfte zu präzisieren, einheitliche Handlungsformen und Zeitpläne zu entwerfen und zu fixieren. Dabei soll die verbindliche Formulierung „wir werden...“ dies und jenes tun als durchgehende Formulierung zu allen Politikfeldern genutzt werden und keine Abstufungen in der Handlungsoption durch Formulierungen wie „wie wollen“, „wir planen“ usw. erfolgen.

5

Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen ist das schriftlich fixierte Ergebnis den Mitgliedern der SPD zur Abstimmung vorzulegen.

TH 17

Ortsverein Barmbek Uhlenhorst Hohenfelde 1 (Landesorganisation Hamburg)

Nein zur GroKo!

Wir lehnen einen Einstieg in eine Große Koalition ab. Denn die vorgelegten Ergebnisse der Sondierungsgespräche erfüllen die folgenden politischen Eckpunkte nicht. Diese aber sind unabdingbare Voraussetzungen für eine soziale und demokratische Erneuerung der Gesellschaft und gegen das Aufkommen rechter Kräfte. Wir sehen insbesondere in den Politikfeldern Finanzen, Hartz IV, Frieden sowie Flucht und Migration Nachbesserungsbedarf.

5

Veränderungen in dieser Richtung beginnen mit Opposition. Sie erfordern solidarische Bewegung und öffentlichen Streit.

Mit der CDU/CSU sind sie nicht zu machen.

10

Der Parteitag lehnt daher eine erneute Beteiligung der SPD an einer „Großen Koalition“ ab.

TH 18

Unterbezirk Miesbach / Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen (Landesverband Bayern)

NoGroKo

nach der Wahlniederlage im September war für Martin Schulz klar: die Große Koalition wurde abgewählt, eine Neuaufgabe kommt für ihn nicht in Betracht und er scheut notfalls auch keine Neuwahlen. Auch Natascha Kohnen, die Landesvorsitzende der SPD meinte nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen:

5 "Wir als SPD bleiben bei unserem Nein zur Neuaufgabe einer Großen Koalition."
Viele von uns haben sich gefreut - die SPD will wieder zu ihren Grundwerten stehen und klare Kante zeigen. Der große #SPDerneuern-Prozess wurde gestartet und man hat zumindest so getan, als würde jetzt alles besser werden.
Im Gegensatz zu Martin Schulz und dem Parteivorstand stehen wir zu unserem

10 Wort. Die Große Koalition ist für uns keine Alternative.

Sämtliche Gemeinsamkeiten und Überschneidungen, die wir mit der Union hatten, haben wir in den letzten vier Jahren abgearbeitet. Wir haben uns an den Koalitionsvertrag gehalten und gewissenhaft zusammengearbeitet, obwohl die

15 Union wortbrüchig war und Forderungen wie das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit blockiert hat. Die CSU wiederum hat die Koalition beschossen, wo sie nur konnte und auch die Schwesterpartei immer wieder aufs Härteste angegriffen. Gleichzeitig Opposition sein und mit plumpen Parolen um sich schmeißen und mitregieren wollen läuft nicht. Durch diesen Populismus hat sie nur Wasser auf die

20 Mühlen der Rechtspopulist*innen von der AfD gegeben. Aber gerade diese Partei, die von "jagen" spricht und Geflüchtete an der Grenze notfalls erschießen will wäre Oppositionsführerin, wenn wir mit der Union in eine Regierung gehen.
Jetzt, wo die Jamaika-Verhandlungen geplatzt sind, soll die SPD auf einmal Verantwortung übernehmen. Mal ganz abgesehen davon, dass "Verantwortung übernehmen" nicht heißen muss, dass man zwangsläufig in eine GroKo geht, zeigt das aktuelle Verhalten der Union, worauf wir uns einstellen müssten. Im Alleingang hat Landwirtschaftsminister Schmidt gegen den Willen von Barbara Hendricks die Glyphosat-Verlängerung in der EU durchgebracht, in der Hoffnung Stimmen bei den bayrischen Bäuer*innen für die CSU im Landtagswahlkampf 2018 zu sammeln.

30 Ebenfalls gegen Abmachungen ist Armin Laschet an die Presse gegangen und hat einen Zwischenbericht der Sondierungsgespräche öffentlich gemacht, um den Druck auf uns zu erhöhen.
Nachdem gefühlt alle in der Union uns vorgeschrieben haben, wie wir uns zu verhalten haben und dabei Worte wie "die SPD soll aus ihrer Schmollecke herauskommen" gefallen sind, sind wir in "ergebnisoffene" Sondierungsgespräche gestartet.

35 Wir Jusos wurden dafür kritisiert, dass wir kategorisch gegen die GroKo sind. Nachdem man sich die veröffentlichten Sondierungsergebnisse anschaut ist eine Sache klar: Wir hatten recht. Dieses Papier trägt wenig sozialdemokratische Handschrift und ist auch nicht der Erfolg, als den Martin Schulz es versucht zu verkaufen.

40

Eine erneute GroKo kommt für uns nicht in Betracht! Wir müssen Verantwortung für dieses Land übernehmen. Diese Verantwortung besteht darin, dass wir die SPD

45 wieder auf einen klaren Weg bringen - wir brauchen eine Partei, die sich an Grundwerten und nicht an Umfrageergebnissen orientiert. Wir brauchen eine Partei, bei der man etwas bewegen kann und in der umfangreich inhaltlich gestritten werden kann. Das funktioniert nicht mit Parteitag, die immer mehr zur Show ausarten. Wir müssen uns trauen "Nein!" zu sagen. Auch in der Zukunft brauchen wir
50 eine Sozialdemokratie, die die großen Gesellschaftsfragen aufwirft und tatsächliche Lösungsansätze liefert. Mit einer erneuten großen Koalition wären wir lediglich die Erfüllungsgehilfen der Union.
Eine Minderheitsregierung in der sich die Union wechselnde Mehrheiten zu einzelnen Themenbereichen suchen müsste, würde die Demokratie stärken und die
55 Debatten wieder mehr in die Öffentlichkeit tragen. Allerdings wäre das für die Union sehr unbequem - lieber die SPD in die Regierung drängen.
Lasst uns gemeinsam für eine SPD mit klarer Kante und Visionen kämpfen. Es geht um unsere Zukunft!

TH 19

Unterbezirk Miesbach / Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen (Landesverband Bayern)

Ein weiter so darf es nicht geben

Das nun vorliegende Ergebnispapier der Sondierungsgespräche der CDU / CSU mit der SPD ist aber genau das, ein weiter so der Verwaltung dieses Staates in der gleichen Konstellation mit einigen Nachbesserungen und wenigen Verbesserungen, statt einer neuen Politik, statt einer Gestaltung der Zukunft. Was völlig fehlt ist ein
5 neues glaubwürdiges Projekt, das die Fortsetzung der Zusammenarbeit der beiden Volksparteien rechtfertigt. Der vage Verweis auf die Einrichtung von Kommissionen ohne klarem Handlungsauftrag ohne Zeitvorgabe reicht bei weitem nicht aus. Die Politikverdrossenheit der Bürger*innen aber auch der Parteimitglieder wird so wieder zunehmen.
10 Der Parteivorstand und die weiteren Verhandlungsführer*innen werden daher aufgefordert keinem Koalitionsvertrag zuzustimmen der die folgenden Konkretisierungen als Mindestanforderungen nicht beinhaltet:

Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht:

15 Wir wollen im SGB II die Zumutbarkeit bei der Vermögensverwertung überprüfen und das Schonvermögen anheben.
Wir werden die sachgrundlosen Befristungen abschaffen.
Wir werden das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Leiharbeit und Werksverträge durchsetzen.
20 Bei den Veränderungen der Arbeitszeitgestaltung werden wir darauf achten dass der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen gewahrt ist.

Rente

25 Die Rentenkommission erhält den Auftrag ein Modell zu entwickeln wie durch die Erweiterung der Einnahmensituation der Generationenvertrag gesichert werden kann.
In einem ersten Schritt soll noch in dieser Legislaturperiode mit der Zusammenführung der Rentenversicherung und der Pensionsansprüche von

Beamten begonnen werden.

30

Steuer

Um alle beschlossenen Vorhaben in jedem Falle umsetzen zu können, werden wir bei einem Rückgang des Steueraufkommens eine Anhebung des Spitzensteuersatzes um mindestens 2% vornehmen.

35 Einkünfte aus Kapitalvermögen sollen dem Einkommenssteuersatz unterzogen werden. An dem Ziel die kalte Progression noch in dieser Regierungsperiode abzuschaffen halten wir fest.

Migration und Integration

40 Mit der SPD gibt es keine Obergrenze.

Einer Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges wird nicht zugestimmt. In der Übergangsfrist wird durch eine Gesetzesnovelle dafür gesorgt dass vorrangig die minderjährigen Kinder subsidiär geschützter mit ihrem Elternteil einreisen können. Ebenso wenig wird der Verrechnung des Familiennachzugs mit den EU-bedingten freiwilligen Aufnahmen zugestimmt.

45 Familien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden nicht länger als 1 Monat in einer Zentralen Sammeleinrichtung (ANKER) untergebracht.

Wohnungsbau, Mieten, Kommunen und ländlicher Raum

50 Die Mietpreisbremse muss sofort wirksam ausgestaltet werden. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden deutlich erhöht.

TH 20

Ortsverein Ortsverein im Stadtbezirk 6 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Ablehnung der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Die SPD lehnt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen ab.

TH 21

Kreis II Altona (Landesorganisation Hamburg)

Chance für den Erneuerungsprozess der SPD: Trennung von Partei- und Regierungsamt!

Künftige von der SPD entsandte Mitglieder der Bundesregierung sowie der Fraktionsspitze der SPD Bundestagsfraktion werden keine Ämter im SPD Bundesvorstand übernehmen. Der Erneuerungsprozess der SPD wird durch die Mitglieder des Bundesvorstandes gemeinsam mit den Mitgliedern der Partei und

5

TH 22

Ortsverein Dorfen (Landesverband Bayern)

keine Koalitionsverhandlungen

1. Die SPD nimmt, aufgrund der unzureichenden Sondierungsergebnisse, keine Koalitionsverhandlungen auf.
2. Die SPD hält angesichts der vorliegenden Situation die Bildung einer Minderheitsregierung für die beste Lösung. Sie wird die Wahl einer Kanzlerin oder eines Kanzlers unterstützen und wird selbstverständlich während der Legislaturperiode im Bundestag und seinen Gremien zum Wohl des Landes arbeiten.

TH 23

Ortsverein Großbottwar (Landesverband Baden-Württemberg)

Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen

Es sollen zusätzlich folgende Punkte aus dem Regierungsprogramm der SPD Aufnahme in die Verhandlungen zur Koalitionsbildung finden und verbindlich bis zum Ende dieser Legislaturperiode umgesetzt werden:

- die Rechtsstaatlichkeit in Europa mit einer europäischen Verfassung stärken
- Verbot der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen
- Arbeitnehmerüberlassungsgesetz: Leiharbeit muss wieder die Ausnahme werden und sich grundsätzlich an den örtlichen Tarifen ausrichten
- Langfristige Absicherung des derzeit geltenden Renteneintrittsalters und -niveaus
- Zur Linderung der Kinderarmut Steuerklasse III für Alleinerziehende
- Einstieg in eine Bürgerversicherung (z.B. einheitliche GOÄ, Verbot des Faktors bei PV)
- Einkommensteuer auf Kapitalerträge statt Abgeltungssteuer (unklare Formulierung im Papier)

TH 24

Unterbezirk Göttingen (Bezirk Hannover)

Keine Koalitionsgespräche

Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD können keine Grundlage für Koalitionsgespräche sein. Die Inhalte des Sondierungspapiers stimmen einfach nicht mit unseren Inhalten und Werten überein. Bei aller Staatsräson: Das Papier stellt einen kompletten Selbstverrat der SPD, einen Verrat an ihren Mitgliedern und Wähler*innen dar. Wir wollen auf einige zentrale Punkte, die nicht oder unzureichend in den Ergebnissen der Sondierungen festgehalten wurden, eingehen:

- Kein vollständiges Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, die Sondierungsergebnisse gehen kaum über das hinaus, was bereits in der letzten Koalition vereinbart und nie umgesetzt wurde
- Gleichberechtigung im Öffentlichen Dienst erst ab 2025 und damit weit nach Ende der Legislaturperiode

- Nur 2 Milliarden für die Schulsanierung bei einem geschätzten Bedarf von 34 Milliarden
- 15 • Hochschulpakt zur Schaffung von Studienplätzen ab 2021 mit nur 0,6 Milliarden (hochgerechnet auf 5 Jahre nur 3 Milliarden)
- Trendwende beim BAföG erst im Jahr 2021
- Rentenkommission statt schneller und grundlegender Rentenreform
- Längere Arbeitszeiten im Alter als begrüßens- und förderungswürdig
- 20 • Keine grundlegende Gesundheitsreform, keine Schritte in Richtung der Bürger*innenversicherung
- Keine höheren Steuern auf hohe Einkommen, insbesondere auf Einkommen durch Kapitalerträge
- Kein wirksamer Schutz der Persönlichkeitsrechte im Zuge der Digitalisierung
- 25 • Faktische Festlegung einer Obergrenze für Integration von 220.000 Menschen
- Begrenzung des Familiennachzugs auf 12.000 Menschen im Jahr (vergangenes Jahr: über 80.000)
- Reform der Mietpreisbremse aufgeschoben
- Kein Glyphosat-Verbot
- 30 • Keine Reform der Bundeswehr und somit keine Antwort auf Missstände in der Bundeswehr

Kein einziges sozialdemokratisches Großprojekt wurde in das Sondierungspapier integriert. Selbst der wichtige europapolitische Teil enttäuscht. Waren 2013 noch
 35 Mindestlohn und die Absenkung des Rentenalters sozialdemokratische Großprojekte, die den Menschen in diesem Land zu Gute kamen und uns im Wahlkampf ermöglichten, die Regierungsbeteiligung der SPD vor Wähler*innen zu rechtfertigen, fehlen Großprojekte dieser Art nun komplett.

Sollten wir nun auf dieser Grundlage für weitere vier Jahre in eine Große Koalition gehen, würden wir den Absturz der Sozialdemokratie in Deutschland nicht stoppen, sondern beschleunigen. Das in den letzten Jahren massiv gewordene
 40 Glaubwürdigkeitsproblem der SPD würde durch Aufnahme von Koalitionsgesprächen weiter vertieft werden. Dabei kann es nicht sein, aus vermeintlich staatspolitischer Verantwortung, zu jeden Konditionen in eine Koalition einzutreten. Tatsächlich werden wir unserer Verantwortung nur gerecht, indem wir
 45 uns Glaubwürdigkeit erkämpfen, zu unseren Werten und Versprechen stehen und als Oppositionsführerin eine Alternative zur Union aufzeigen. Das gelingt nicht in einer gemeinsamen Koalition unter Angela Merkel. Schon nach vergangenen Wahlen mussten wir feststellen, dass Verdienste der SPD anschließend Merkel als Erfolge
 50 angerechnet wurden. Sich nun wieder in vier Jahre „Weiter so“ zu stürzen, wie es das Sondierungsergebnis aufzeichnet, wäre nicht nur für unsere Partei fatal, sondern auch für die politische Zukunft dieses Landes. Nur eine wiedererstarkende SPD wird die Lebenssituation in diesem Land verbessern können. Dafür müssen wir weg von
 55 kleinen Anpassungen, hin zu einer sozialdemokratischen Gesamterzählung. Eine Gesamterzählung, die nicht von kleinen Instrumenten schwärmt, sondern den Menschen glaubhaft vermitteln kann, worin unsere Vision für eine freie und solidarische Gesellschaft besteht. Dafür brauchen wir wieder klare linke Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit. Wir brauchen ein Konzept für die
 60 Arbeitsmarktpolitik, abseits der restriktiven Hartz-Gesetze; für die Gesundheitspolitik, abseits der Zwei-Klassen-Medizin; für die Rentenpolitik

angesichts des demographischen Wandels; für die Bildungspolitik, in der jedes Kind seinen Weg frei wählen kann und akademische und berufliche Bildung attraktiv und gleichwertig sind; eine Steuerpolitik, die sich auch traut höhere Einkommen gerecht zu besteuern; eine Politik, die Bürger*innenrechte stärkt und nicht den staatlichen Zugriff auf persönliche Daten erleichtert; eine Sicherheits- und Innenpolitik, die sich nicht an Bauchgefühlen ausrichtet, sondern effektive Prävention statt härterer Strafen vorsieht.

Die Ablehnung einer großen Koalition, deren Handlungsrahmen im Sondierungspapier gesetzt ist, ist vor dem Hintergrund und in Anerkennung des Wahlergebnisses keine Basis für eine gemeinsame Regierung der beiden großen Volksparteien in Deutschland.

Sie sind verantwortlich eine stabile Regierung zu bilden und die Stabilität der Demokratie zu sichern. Das verlangt eine Opposition, die Alternative ist. Wollen wir dies nicht der AfD überlassen, ist heute die Opposition die allein richtige staatspolitische Verantwortung der SPD. Dies schließt die Stützung einer Minderheits- oder Kooperationsregierung, dort wo es möglich ist, ein.

Wir stellen fest: Das Ergebnis der Sondierungsgespräche ist keine Grundlage für Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition von CDU/CSU und SPD. Die Göttinger SPD ist überzeugt, dass nach dem Scheitern der Jamaika Parteien die Bildung einer Minderheits- oder Kooperationsregierung die allein richtige Antwort auf das Wählervotum ist.

TH 25

Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)

Klärung unserer Rolle in Regierungsverantwortung oder in der Opposition

Der Beitrag unserer Partei soll auch nach Abschluss der Sondierungen konstruktiv, jedoch **ergebnisoffen** sein. Die Regierungsbildung hängt nicht allein von uns und unserer Beteiligung an einer GroKo ab. Es gibt vielmehr weitere Wege zu einer Regierungsbildung. Es ist auch weiterhin die Regierungsbildung in anderen Konstellationen möglich. Schließlich kann der Weg auch über Neuwahlen führen.

Unser Leitprinzip für die weitere Vorgehensweise ist die Vereinbarkeit zweier Ziele:

- der innerparteilichen Erneuerung und
- der Durchsetzung konkreter, gewichtiger, sozialdemokratischer Politikinhalte.

Hinsichtlich des weiteren Wegs zur Klärung unserer Rolle in Regierungsverantwortung oder in der Opposition befürworten und unterstützen wir mehrheitlich die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen nur, wenn darin eine eindeutige Hinwendung zu einer weltoffeneren, solidarischeren, gerechteren Gesellschaft mit nachhaltig verbessertem Zusammenhalt erkennbar wird. Diesem Anspruch genügt das vorliegende Ergebnis der Sondierungen nicht. Auf dieser Basis kommt für uns die Bildung einer Koalition mehrheitlich nicht in Frage.

Es muss unser Ziel sein, unsere Programminhalte glaubwürdig im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wiederzufinden. Wir erwarten konkrete Vereinbarungen, die unsere gesellschaftlichen Ziele nachvollziehbar umsetzen. Unseren Mitgliedern werden wir ggf. empfehlen, einer zur Abstimmung vorgelegten

- Koalitionsvereinbarung nur dann zuzustimmen, wenn eine deutlich wahrnehmbare Balance von wirtschaftlicher Orientierung und Hinwendung zu den Menschen beschlossen wird. Dies betrifft vor allem die Themen **Steuergerechtigkeit** (Unternehmensbesteuerung, Steuerschlupflöcher schließen, Privilegien reduzieren, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Spitzensteuersatz, Finanztransaktionssteuer), **Bildung** (auch: Schulmodernisierung), **Gesundheits- und Pflegepolitik** (paritätische Pflege- und Krankheitsbürgerversicherung, integrierte Bedarfsplanung der medizinischen Versorgung), **soziale Gerechtigkeit** (höherer Mindestlohn und Grundfreibetrag und höhere Grundrente, Beitragsentlastung), **Arbeitsmarktpolitik** (Abschaffung sachgrundloser Befristung, Vergütung von Leiharbeit, gegen den Missbrauch von Werkverträgen), **Wohnungsmarkt, Umweltgerechtigkeit** (forcierter Kohleausstieg, Gebäudesanierung, Energieeffizienz, Klimaschutz), **Integration und Fluchtursachenbekämpfung**.
- 35 **Unsere Forderung: Holt mehr für die Menschen heraus: Armut bekämpfen, Schere schließen, Solidarität einfordern, Lasten gerecht verteilen, echte Gleichstellung!** Wenn sich Regierungsbeteiligung so nicht vereinbaren lassen sollte, bedauern wir mehrheitlich, dass sich unsere sozialdemokratischen Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode in der Opposition dann nicht durchsetzen lassen werden. Wir werden dies jedoch im Interesse unserer Glaubwürdigkeit als SPD, der Erneuerung unserer Partei und der Stärkung der Sozialdemokratie in zukünftig angestrebter Regierungsverantwortung mehrheitlich in Kauf nehmen. Eine uns zufallende Oppositionsrolle in der kommenden Legislaturperiode verstehen wir dann als eine Chance für die Partei und für unser Land. Dafür bieten wir als Parteibasis unsere volle Unterstützung.

TH 26

Ortsverein Friedberg (Bezirk Hessen-Süd)

Gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Der SPD-Ortsverein Friedberg fordert den Bundesparteitag dazu auf gegen das vorgelegte Sondierungspapier und gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU / CSU zu votieren.

TH 27

Ortsverein Herrsching (Landesverband Bayern)

Gegen Große Koalition Für Tolerierung einer Minderheitsregierung

1. Der OV Herrsching spricht sich gegen die Bildung einer Großen Koalition mit der CDU/CSU aus.
2. Der OV Herrsching spricht sich für die Tolerierung einer Minderheitsregierung – in welcher Form auch immer – aus.

TH 28

Kreisverband Schweinfurt Land / Kreisverband Schweinfurt Stadt (Landesverband Bayern)

Ziele von Koalitionsverhandlungen

Falls es zu Koalitionsverhandlungen der SPD mit der CDU/CSU kommt, hat die sozialdemokratische Verhandlungsführung auf folgende Ergebnisse hinzuwirken:

1. Das Rentenniveau wird nicht bei 48% festgeschrieben, sondern soll zunächst auf mindestens 52% steigen, um Altersarmut wirksam zu bekämpfen.
- 5 2. Die sachgrundlose Befristung wird umgehend abgeschafft.
3. Eine Obergrenze für die Zuwanderung Schutzbedürftiger gibt es nicht! Der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige wird nicht zahlenmäßig beschränkt, sondern im Interesse der Integration und des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Familie großzügig gehandhabt. Migranten aus Griechenland und Italien werden
- 10 weiterhin freiwillig aufgenommen, um diese beiden Länder in notwendigem Umfang zu entlasten. In Deutschland werden Flüchtlinge weiterhin bevorzugt dezentral untergebracht; von der Errichtung von AnKER - Einrichtungen wird abgesehen.

TH 29

Unterbezirk Erding (Landesverband Bayern)

Ziele für Koalitionsverhandlungen

Der SPD Kreisverband Erding spricht sich für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen aus. Bei den Verhandlungen sind folgende Punkte unbedingt anzustreben:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- 5 • Einführung einer Vermögenssteuer
- Bürgerversicherung
- Kohleausstiegsgesetz analog Atomausstiegsgesetz
- soziale, humane Asylpolitik
- keine BAMF-Verfahren im Schnellverfahren ohne Rechtsberatung
- 10 • Weiterentwicklung des Bodensrechts (nach Hans-Jochen Vogel)
- bedingungslose Grundrente
- sozialen Wohnungsbau stärken

TH 30

Ortsverein Aying (Landesverband Bayern)

Neutralität der hauptamtlichen Mitarbeiter der SPD und gleichberechtigte Information der Mitglieder durch den Vorwärts im Zusammenhang mit dem Mitgliederentscheid

- 1.) Die SPD wird ihre Mitglieder neutral über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen informieren. Befürworter und Gegner der großen Koalition sollen ausreichend die Möglichkeit bekommen, ihre Position darzustellen.
- 2) Die SPD bittet die Redaktion des Vorwärts, den verschiedenen Positionierungen
- 5 innerhalb der SPD zum Thema einer erneuten Große Koalition ausreichend Platz einzuräumen.

TH 31

Ortsverein Hürth (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Keine erneute Koalition mit CDU und CSU!

Die Ergebnisse der Sondierungen mit CDU und CSU (Finale Fassung 12.01.2018) sind keine geeignete Grundlage für eine erneute Beteiligung unserer Partei an einer Bundesregierung. Die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen wird daher abgelehnt.

TH 32

Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)

Ausgang des Mitgliedervotums akzeptieren

1. Die Feststellung der SPD-Bundesspitze nach der Bundestagswahl, dass die Große Koalition abgewählt wurde, war und ist richtig. Gleiches gilt ebenso für die Aussagen, aus diesem Grund nicht wieder in eine GroKo gehen zu wollen. Auch die Begründung, der AfD nicht die Rolle der Oppositionsführung überlassen zu wollen, war richtig und von hoher Verantwortung für die demokratische Auseinandersetzung im Bundestag.
5
2. Ebenso war es richtig, nach der Flucht der FDP vor Verantwortung bei den so genannten "Jamaika-Verhandlungen" die Absage an eine GroKo zu wiederholen.
3. Die derzeitige Situation hat die SPD nun wieder einmal in eine Defensivrolle gedrängt. Das ist für die Partei unabhängig vom dem, was jetzt folgt, in jeder Hinsicht schädlich.
10
4. Die Ergebnisse der Sondierungsverhandlungen zeigen einige Ansätze von sozialdemokratischer Handschrift. Allerdings fehlen die notwendigen und klaren sozialpolitischen Ansätze einer dringenden erforderlichen neuen Politik für den Bund. Die Unzufriedenheit in vielen Teilen der Partei ist nur zu verständlich und die Mehrheit auf dem Parteitag am 21.01.2018 zu Recht fraglich. Die Kommentare aus der Union, die den Anschein erwecken, die Sondierungsergebnisse stellen praktisch schon die Koalitionsergebnisse dar, machen die Angelegenheit für die SPD nur noch schlimmer.
15
5. Die Kommentare insbesondere aus der CSU, man solle bspw. den „Zwergenaufstand“ beenden, zeugen nicht gerade von demokratischem Verstand. Diesen Frechheiten muss der SPD-Parteivorstand mit deutlichen Worten begegnen. Schweigen ist hier fehl am Platz.
20
6. Wir stellen fest: Das "Umfallen" in der GroKo-Frage durch die Aufnahme von Sondierungsgesprächen hat die SPD in eine Situation gebracht, aus der sie nicht hinauskommt, ohne die nächsten Schritte zu gehen. Daher geht unsere Aufforderung an die Delegierten des Bundesparteitages am 21.01.2018, dem Schritt in die Koalitionsverhandlungen zuzustimmen. Wir verbinden diese Aufforderung damit, dass auf dem Parteitag deutlich zu machen ist, dass in den Koalitionsverhandlungen über das Sondierungsergebnis hinaus weitere Klarstellungen zur Umsetzung vor allem in der Sozialpolitik erwartet werden.
25
30
7. Außerdem fordern wir den Bundesparteitag zu folgendem klaren Bekenntnis auf: Bei einem negativen Votum der SPD-Mitglieder zum Koalitionsergebnis - und sei es

noch so knapp – tritt die SPD auf keinen Fall in eine Regierungskoalition ein.

35

Die Sondierung mit der CDU/CSU ist abgeschlossen. Das Ergebnis, mit dem nun in die Koalitionsverhandlungen eingetreten werden soll, liegt vor. In der SPD - begleitet durch die Medien und Kommentare von Vertretern der CDU und der CSU - wird diskutiert, inwieweit mit dem Ergebnis der Sondierungsgespräche die politischen Ziele der SPD in Koalitionsgesprächen hinreichend durchgesetzt werden können. Im Moment erscheint es allerdings völlig offen, ob auf dem kommenden SPD Parteitag eine Mehrheit für die Koalitionsverhandlungen zustande kommt. Sollte das der Fall sein, ist mit dem Mitgliederentscheid ein weiterer Meilenstein bereits definiert.

40

Wir stellen fest, dass - im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien - in der SPD das Ergebnis und die Entscheidung über das weitere Vorgehen in die Diskussion gegeben und nicht von der Parteispitze entschieden wird. Mit etwas gutem Willen kann man diese Vorgehensweise schon als Teil des von vielen Seiten eingeforderten und angekündigten Erneuerungsprozesses in der SPD werten. Damit unterscheidet sich die SPD im besten demokratischen Sinne schon einmal von den beiden anderen Parteien. Anstatt mit polemischen Aussagen gegen die SPD zu schießen sollten sich CDU und insbesondere CSU besser daran ein Beispiel nehmen.

45

50

TH 33

Unterbezirk Miesbach / Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen (Landesverband Bayern)

Keine GroKo – für eine durchsetzungsstarke und glaubwürdige SPD

Es widerspricht dem Grundgesetz der Logik, wenn diejenigen die die mangelnde Handschrift der SPD in den vergangenen Regierungsperioden auf das damals schlechte Wahlergebnis (25,7%) zurückführen, nun bei einem noch schlechterem Wahlergebnis (20,5%) wiederum für eine GroKo plädieren.

5

Bei diesem Wahlergebnis ist die Durchsetzung der Kernanliegen der SPD, wie z.B. als Schutzmacht der „kleinen Leute“ die erfolgreiche Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut und die notwendige Überwindung der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich nicht erwartbar.

10

Damit stünde die politische Glaubwürdigkeit der SPD – eine Voraussetzung inhaltlicher Durchsetzung – auf dem Spiel. Die Befürwortung der GroKo ist ein Aufruf zum politischen Selbstmord mit negativen Auswirkungen auf Demokratie und Gesellschaft. Eine starke SPD ist ein Grundpfeiler für das Funktionieren von Demokratie. Eine starke Opposition sorgt für einen politischen Ideenwettbewerb im Austausch von Argumenten und Gegenargumenten.

15

Damit übernimmt die SPD politische Verantwortung für eine lebendige Demokratie und zeigt staatspolitische Kompetenz. Dies trägt dazu bei der AfD den politischen Nährboden zu entziehen.

20

Zudem sehen wir keine Vertrauensbasis für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition. Zum einen, weil wichtige, bereits im letzten Koalitionsvertrag vereinbarte Gesetzesvorhaben, wie die Solidarrente für Geringverdiener mit 35 Beitragsjahren von der Kanzlerin nicht in das Gesetzgebungsverfahren eingespeist wurden; zum anderen zeigt das skandalöse Zustimmungsverhalten, in Sachen krebserregendes und artenvernichtendes Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat, von Bundesminister Christian Schmidt auf europäischer Ebene, dass auch die vereinbarten Regeln der Zusammenarbeit nicht eingehalten werden.

25